Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (MB/WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. 3 Minuten für ein Bier
2. Wirtschaftliche Ungleichheit größer als befürchtet
3. Die schwindende Macht der Ratingagenturen
4. Eurokrise
5. Günther Nonnenmacher – Es ist etwas faul
6. Pimco rechnet mit schlechterer deutscher Bonität
7. Der publizistische Amoklauf des Walter Krämer
8. Paul Krugman – Free Money
9. Robert Skidelsky – Es wird Zeit für mehr Umverteilung
10. The Great Olympic Tax Swindle
11. 250.000.000 Euro und wie man sie wäscht
12. Geschichtsstunde mit Gabriel und Schäuble
13. Arbeit in Pflegeberufen: Interessant, hoch belastend und oft schlecht bezahlt
14. Werner Rügemer – Die universellen Menschenrechte gelten auch für die Arbeitsverhältnisse – Freiheit als Kampfbegriff
15. Ab unters Messer – woran krankt unser Gesundheitssystem?
16. Welternährung: Preise klettern in extreme Höhen
17. Was Sie über die Bundeswehr wissen wollten
18. Ulf Poschardts Krise
19. zu guter Letzt: Prophet Sankt Moody warnt Deutschland vor dem Zorn der unsterblichen Märkte

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **3 Minuten für ein Bier**
   Die Bundesbürger können sich heute mit ihrem Verdienst trotz Euro genauso viele Waren und Dienste leisten wie vor 20 Jahren. Im Jahr 2011 bekam ein westdeutscher Arbeitnehmer für eine geleistete Arbeitsstunde netto 45 Prozent mehr Lohn als 1991. […]
   Was sich Otto Normalverdiener bei gleichem Arbeitseinsatz tatsächlich mehr oder

weniger erlauben kann als Anfang der 1990er Jahre, hängt stark von seinen persönlichen Vorlieben ab. Wer sich von Bier allein ernährt, stellt sich derzeit kaum besser als 1991. Eine Flasche Kölsch erforderte damals wie heute den Gegenwert von 3 Arbeitsminuten an der Werkbank oder im Büro. Aber schon der Griff zum Schweinekotelett in der Supermarkttheke ändert die Situation: Statt 36 Minuten fürs Kilo genügen jetzt 30 Minuten Arbeit.
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Anmerkung JB: *Es ist schon einigermaßen dreist, wie das arbeitgeberfinanzierte IW die äußerst magere Lohnentwicklung in Deutschland zu einer Pressemeldung umdichtet, die der Preisentwicklung den schwarzen Peter zuschiebt und dabei zum „guten" Ergebnis kommt, dass die Kaufkraft in den letzten zwanzig Jahren stabil geblieben ist. Dies ist jedoch beileibe keine „gute" Nachricht, ist es doch der Normalfall, dass die Kaufkraft von Jahr zu Jahr steigen sollte. Die Inflation lag im beobachteten Zeitraum von 1991 bis 2011 im Durchschnitt sogar unter der Zielmarke von 2% pro Jahr – nur in fünf, der beobachteten zwanzig Jahre war sie höher als 2%. Eine Erfolgsmeldung wäre es also, wenn das IW verkünden könnte, dass die Bundesbürger im Schnitt nur noch zwei Minuten für ein Bier arbeiten müssten. Dagegen hätten jedoch die Finanziers des IW, die deutsche Arbeitgeberlobby einiges einzuwenden. Ärgerlich ist, dass zahlreiche Zeitungen und Nachrichtenagenturen die Pressemeldung des IW nahezu unverändert als redaktionelle Meldung weitergegeben haben.*

passend dazu: A Closer Look at Middle-Class Decline
[…] For the first time since the Great Depression, middle-class families have been losing ground for more than a decade. They, and the poor, have struggled particularly badly since the financial crisis led to a global recession in 2008. The idea that living standards inevitably improve from one generation to the next is under threat. Many of the bedrock assumptions of American culture — about work, progress, fairness and optimism — are being shaken. Arguably no question is more central to the country's global standing than whether the economy will perform better in the future than it has in the recent past. […]
Since median inflation-adjusted family income peaked in 2000 at $64,232, it has fallen roughly 6 percent. You won't find another 12-year period with an income decline since the aftermath of the Depression.

This unhappy phenomenon has two major sources. First, economic growth in this

country has been relatively slow in recent years, which means the total bounty that the American economy produces, to be shared by all of its citizens, has not been growing very rapidly. Even before the financial crisis began in 2008, economic growth in the decade that started in 2001 was on pace to be slower than growth in any decade since World War II.
Quelle: New York Times

2. **Wirtschaftliche Ungleichheit größer als befürchtet**
Eine gestern veröffentlichte Studie des Tax Justice Network zeigt, dass die Unterschiede nach Vermögen und Einkommen zwischen Arm und Reich noch größer sind, als bisher angenommen wurde – zwischen 21 und 32 Billionen US-Dollar werden in Steueroasen gebunkert.
Die Ungleichheit in Einkommen und Vermögen zwischen reichen und armen Menschen hat mittlerweile Dimensionen angenommen, die nicht nur moralische, sondern auch wirtschaftliche und politische Probleme aufwerfen. Nach Zahlen von UNICEF aus dem Jahr 2011 z.B. verfügt das reichste Fünftel der Menschheit über mehr als 80 Prozent der weltweiten Einkommen. Eine neue Studie des Tax Justice Network kommt nun nach Auswertung der von reichen Personen in Steuer- und Verdunkelungsoasen gehorteten Vermögen zu dem Schluss, dass selbst diese alarmierenden Zahlen noch kein realistisches Bild liefern.
Unter den Titel “Inequality: You Don’t Know the Half of It” kommen die Autoren Nicholas Shaxson, John Christensen und Nick Mathiason zu dem Schluss, dass viele Billionen an privaten Vermögen bisher nicht in die Berechnung von Einkommens- und Vermögensungleichgewichten einbezogen worden sind. Wenn solche Vermögen in Steuer- und Verdunkelungsoasen angelegt sind, wo die tatsächlichen Eigentümer teilweise nicht registriert werden müssen, können sie für die Berechnungen der Statistiker nicht herangezogen werden.
Quelle 1: blog steuergerechtigkeit
Quelle 2: Inequality: You Don’t Know the Half of It [PDF – 423 KB]
3. **Die schwindende Macht der Ratingagenturen**
Moody’s droht mit der Herabstufung von Deutschlands Bonität – doch die Märkte interessiert es nicht. Das zeigt: Ratingagenturen sind nicht so wichtig, wie sie es waren. […]
Die Politiker ärgern sich also über die Herabstufung, doch den Märkten ist sie ziemlich egal. Der Deutsche Aktienindex steht nach knapp drei Stunden schon wieder im Plus. Auch die Kreditzinsen Deutschlands sind – zum Beispiel für die zehnjährige Anleihe – nur um sieben Hundertstel Prozentpunkte gestiegen. Also im Prinzip gar nicht. Obwohl ein Zinsanstieg gar nicht so fern läge. Denn viele Anleger bezahlen inzwischen dafür,

dass sie Deutschland ihr Geld leihen dürfen.
Quelle: FAZ

Anmerkung JB: *Es ist schon erfreulich, dass die deutsche Presselandschaft – wider Erwarten – aufgrund der Moodys-Ankündigung nicht in apokalyptische Panik verfällt, sondern vergleichsweise besonnen agiert. Die FAZ hat vollkommen recht – wenn es um die großen Industrienationen geht, hat das Orakel der Ratingagenturen keine nennenswerte Bedeutung. Die USA wurden im August letzten Jahres von S&P auf AA+ herabgestuft und zahlen heute sogar für 20jährige Anleihen inflationsbereinigt negative Zinsen. Japan verlor bereits im Jahre 2002 das heiß begehrte AAA und reiht sich heute mit einem AA- zwischen Botswana und Estland ein – dennoch zahlt Japan für seine Staatsanleihen seit über einem Jahrzehnt weniger als 2% Zinsen. „Den Märkten", so zeigen diese Zahlen, ist das Urteil der Ratingagenturen anscheinend ziemlich egal, wissen sie doch, dass Staaten zur Not auch Geld drucken können, um ihre Schulden zu begleichen.*

4. **Eurokrise**
   a. **Playing with Fire in the Eurozone**
   Bloomberg quotes German Vice Chancellor Philipp Roesler as saying "What's emerging is that Greece will probably not be able to fulfil its conditions. What is clear: if Greece doesn't fulfil those conditions, then there can be no more payments." (HT PK) OK, this is just the kind of thing you would expect to be said in negotiations between creditors and debtors. We have been here before, and the rhetoric appeared to work on the Greek electorate. In the Cold War, we mercifully only had a few moments like this, and we were lucky. But if you keep playing this game, one day you will lose control.
   Sometimes it seems as if Germany and its supporters are like a poker player with a very weak hand, who has managed to convince all the other players that their hand is much stronger than it is. But there is a danger that you may get so good at playing this bluff, that you may stop looking at your cards and actually believe you have a strong hand. Or worse still, that although your hand is weak, you deserve to have the better cards, and therefore you do have the better cards.
   Quelle: Mainly Macro
   b. **Athen vor Troika-Visite sparwillig**
   Vor dem Besuch der Troika-Kontrolleure diese Woche hat die griechische Regierung Einsparungen in Höhe von 11,5 Mrd. € bekanntgegeben und will durch entschlossenes Handeln glänzen…
   Unabhängig davon werden die Einsparungen, die die Regierung in Erwägung

zieht, für die Griechen schmerzhaft sein. Die Gehälter aller Beschäftigten in staatlichen Unternehmen sollen erheblich gekürzt werden. Bei den Renten soll eine beitragsunabhängige Grenze eingeführt werden. Demnach soll keine Rente höher als 2200 bis 2400 € liegen. Das Finanzministerium erhofft sich so Einsparungen bei den Rentenausgaben in Höhe von 1,5 Mrd. €. Auch bei den sozialen Transfers soll der Rotstift energisch angesetzt werden. Gemäss einem Mitglied des Finanzressorts sollen die Ausgaben für soziale Fürsorge, die sich derzeit auf 6 Mrd. € belaufen, um 50 bis 60% gekürzt werden…“
Quelle: NZZ

c. **Warum die Spanien-Krise eskaliert**
Am Montag kletterten die Zinsen für Spaniens Staatspapiere auf über 7,5 Prozent – und notierten damit auf dem höchsten Stand seit 1996. Bereits am Wochenende hatten Regierungsvertreter ein Niveau von sieben Prozent als “unhaltbar” bezeichnet. Außenminister José Manuel García-Margallo appellierte an die Euro-Partner, eine Intervention der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Kauf spanischer Anleihen zuzulassen.
Doch was hat sich seit dem Gipfel vor gut drei Wochen für Spanien fundamental verändert? Was ist der Grund dafür, dass die Zinsen ausgerechnet an dem Tag zu steigen beginnen, an dem der Bundestag Hilfen von 100 Mrd. Euro für das Land und seine maladen Banken bewilligt?
Erklärungsversuche für die Eskalation gibt es einige. Vor allem die unabhängigen Regionen sorgen für negative Schlagzeilen. Am Montag wurde bekannt, dass zwei der 17 Regionen in Spanien Pleite anmelden müssen. Murcia und Valencia, die zusammen 13 Prozent der Wirtschaftsleistung ausmachen, beantragen Hilfen von 2,3 Mrd. Euro aus dem staatlichen Rettungstopf. Insgesamt stehen 18 Mrd. Euro für die Regionen bereit…
Sorgen bereitet zudem die konjunkturelle Verfassung des Landes. Die Wirtschaftsleistung sank im zweiten Quartal um 0,4 Prozent gegenüber Jahresbeginn, wie die Zentralbank am Montag meldete.
Quelle: FTD

Anmerkung WL: *Auch die italienischen Provinzen klagen über Finanznot. Die Regionen müssten die Schulen nach den Ferien womöglich aus Kostengründen geschlossen halten, warnte der Präsident der Vereinigung der Provinzen (UPI), Giuseppe Castiglione. Mit den von der Regierung geplanten Einschnitten könnten die regionalen Verwaltungen den Schulbetrieb nicht garantieren. Die Warnung sei keine Übertreibung, erklärte auch der Präsident der süditalienischen Region Potenza, Piero Lacorazza: “Die Hälfte der Provinzen steckt in ernsthaften*

finanziellen Schwierigkeiten". Angesichts der Schwierigkeiten notierte der italienische Aktienmarkt so schwach wie seit März 2009 nicht mehr.

d. **Ulrike Herrmann – Rettung aus Eigennutz**
Ach, wäre das schön, endlich die Griechen los zu sein! Diese Sehnsucht erfüllt inzwischen fast alle Euro-Europäer und fast alle Deutschen. Von CDU-Wählern bis zur grünen Klientel gilt: Ein drittes Hilfspaket für die Griechen will niemand. Wenn schon wieder Milliarden Euro fehlen, dann ist diesem Land eben nicht mehr zu helfen. Dann muss die Staatspleite her. […]
Diese Naivität ist wirklich erstaunlich. Denn Resteuropa wäre gegen überhaupt gar nichts „abgeschirmt". Stattdessen würde eine Pleite Griechenlands das totale Chaos auslösen. Um es für die Schnellleser schon mal in Stichworten zusammenzufassen: Italien und Spanien wären auch pleite, europaweit würden die Banken gestürmt, und der ESM würde zusammenbrechen, noch bevor er seine Geschäfte aufgenommen hat.
Quelle: taz

5. **Günther Nonnenmacher – Es ist etwas faul**
Die Akzeptanz der Marktwirtschaft hängt davon ab, dass es in ihr nach Recht und Gesetz zugeht. Dazu gehört auch, dass Risiken nicht nur kleine Leute tragen müssen. Nur wer vergessen hat, dass in der Politik die Polemik der einen Partei von den anderen Parteien polemisch zurückgespielt wird, kann verkennen, dass der SPD-Vorsitzende Gabriel mit seiner Kritik an den Banken offene Türen eingerannt hat. Weil es sich dabei um Wahlkampfgetöse handelt, – und um ein, wenn nicht das Thema des nächsten Wahlkampfs geht es Gabriel ausdrücklich -, ist zwar nicht alles zum Nennwert zu nehmen.
Aber einige Kritikpunkte, die Gabriel aufgezählt hat, werden in der Union zweifellos geteilt. Hinzuzufügen ist, dass die Banken in den vergangenen Jahren kräftig dazu beigetragen haben, Stereotypen und Vorurteile zu bestätigen, die über ihr Geschäftsgebaren seit jeher in Umlauf waren.
Für das Publikum ist das am leichtesten zu fassen, wenn es um personenbezogene Vorwürfe geht. Die meisten Arbeiter und Angestellten, deren Arbeitgeber Pleite geht – siehe Schlecker – oder deren Unternehmen in ernsthaften Schwierigkeiten steckt – siehe Opel -, sind davon als Leidtragende unmittelbar betroffen. Ihnen ist schwer zu vermitteln, dass eine Bank, die tiefrote Zahlen schreibt, an ihre Topleute immer noch Boni bezahlt. Unbegreiflich ist für normale Menschen, dass es in Banken keine Kontroll- und Sicherheitssysteme gibt, die verhindern, dass junge Investmentbanker Milliarden verzocken können.
Noch schlimmer wird es allerdings, wenn der berechtigte Verdacht im Raume steht,

dass im mit Steuergeldern gestützten Finanzsystem offenbar organisierter Betrug möglich ist – anders kann man die Verfälschung wichtiger Indizes wie des Libor oder des Euribor nicht nennen. Was diese bedeuten und welche Folgen ihre Fälschung hat, mag außerhalb der Banken kaum jemand verstehen. Aber das da etwas faul ist in der Finanzwelt, das fällt den Leuten durchaus auf.
Quelle: FAZ

6. **Pimco rechnet mit schlechterer deutscher Bonität**
Die Ratingwarnung für Deutschland überrascht den weltgrößten Anleiheinvestor Pimco nicht. Er hält sogar eine weitere Verschlechterung für wahrscheinlich – und nimmt von Bundesanleihen Abstand.
Quelle: WELT

Anmerkung JB: *Erstaunlich! Laut WELT hat Pimco seine Bundesanleihen doch schon Mitte Juni „aus dem Depot geworfen“. Liest bei der WELT eigentlich niemand, was das eigene Blatt meldet? Wahrscheinlich nicht, aber das ist auch nicht so tragisch, sind solche Meldungen doch ohnehin nur Dummenfang. Niemand weiß, ob Pimco Bundesanleihen besitzt, besessen hat oder in Wirklichkeit doch mit Futures oder anderen synthetischen Papieren gegen Bundesanleihen wettet. Letzteres ist aufgrund der gehäuften „Absichtserklärungen“ sehr wahrscheinlich. Ein großer Anleger, der den Finanzmärkten vorher via WELT mitteilt, dass er seine Bestände reduzieren will, wäre schließlich mit dem Klammerbeutel gepudert, antizipiert der Herdentrieb doch solche Meldungen und sorgt für sinkende Kurse. Pimco spekuliert anscheinend (nicht sehr erfolgreich) auf sinkende Kurse und nutzt dabei die WELT als Sprachrohr, die sich ihrerseits über jede Stimme gegen die Solidität deutscher Anleihen freut, liegt das doch voll und ganz im neoliberalen Konsens.*

7. **Der publizistische Amoklauf des Walter Krämer**
Mein Düsseldorfer Kollege Jan Mallien hat eine ziemlich unglaubliche Story ausgegraben: In einem Interview mit der Studentenzeitung “Pflichtlektüre” hat der Dortmunder Statistik-Professor Walter Krämer einen publizistischen Amoklauf hingelegt.
Seinen Kollegen Peter Bofinger, der den von Krämer initiierten Ökonomenaufruf hart kritisiert hat, bezeichnet Krämer als “akademische Nullnummer”. Und den “Spiegel”-Journalisten, der einen kritischen Artikel über Hans-Werner-Sinn geschrieben hat, möchte Krämer am liebsten “erwürgen und an die Wand klatschen”.
Bislang hatte ich den Aufruf selbst für den Tiefpunkt der akademischen Debatte über die Euro-Krise gehalten, aber dieses Interview toppt die Sache gewaltig.
Quelle 1: Handelsblatt Handelsblog

Quelle 2: TU-Professor kritisiert EU-Beschlüsse

8. **Paul Krugman: Free Money**
   Take a look at the latest Treasury real yield curve data — the interest rate the U.S. government pays on bonds that are indexed to inflation: […]
   That's right: for every maturity of bonds under 20 years, investors are paying the feds to take their money — and in the case of maturities of 10 years and under, paying a lot. […]
   Now, you might think that there would be a consensus that, even leaving Keynesian things aside, this is a really good time for the government to invest in infrastructure and stuff: money is free, the workers would otherwise be unemployed.
   But no: the Very Serious People have decided that the big problem is that Washington is borrowing too much, and that addressing this problem is the key to … something.
   Quelle: New York Times
9. **Robert Skidelsky – Es wird Zeit für mehr Umverteilung**
   Sie gilt vielen als rotes Tuch. Doch nur mit einer gerechteren Verteilung des Wohlstands lässt sich wirtschaftliche Stabilität schaffen. Wirtschaftswachstum allein kann das nicht leisten.
   Wie viel Ungleichheit ist akzeptabel? Nach den alten Standards eine ganze Menge, insbesondere in den USA und in Großbritannien. Peter Mandelson von New Labour gab den Geist der letzten 30 Jahre wieder, als er bemerkte, er sei "enorm entspannt", wenn Menschen "stinkreich" würden. Reich zu werden war alles, worum es in der "New Economy" ging. Und die neuen Reichen behielten immer mehr von dem, was sie bekamen, da die Steuern gesenkt wurden, um sie dazu zu ermutigen, noch reicher zu werden. Und Bemühungen, den Kuchen gerechter zu verteilen, wurden aufgegeben.
   Die Ergebnisse waren vorhersehbar. 1970 war das Einkommen vor Steuern eines hohen Vorstandsvorsitzenden in den USA etwa 30-mal so hoch wie das eines durchschnittlichen Arbeiters; heute ist es 263-mal so hoch. In Großbritannien betrug 1970 das Grundeinkommen (ohne Bonus) eines solchen Topverdieners das 47-Fache dessen eines Arbeiters, 2010 das 81-Fache. Seit den späten 70ern ist in den USA das Einkommen nach Steuern des reichsten Fünftels der Gesellschaft fünfmal so stark gestiegen wie das des ärmsten Fünftels und in Großbritannien viermal so stark.
   Wichtiger noch ist die wachsende Differenz zwischen dem Durchschnittseinkommen und dem Medianeinkommen: Der Anteil der Bevölkerung, der die Hälfte oder weniger des Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat, hat in den USA und Großbritannien zugenommen. Obwohl manche Länder dem Trend nicht gefolgt sind, ist die Ungleichheit während der letzten 30 oder 40 Jahre weltweit gestiegen.
   Quelle: FTD
10. **The Great Olympic Tax Swindle**

In July and August this year Stratford, East London, will become a temporary tax haven. Millions of pounds will be channelled through foreign subsidiary companies operating in the area before it leaves these shores for the pockets of shareholders and CEOs the world over.
How is this possible in a country like the UK you might ask? The sad fact is that enacting tax avoidance legislation has now become a criteria for hosting international competitions such as the Olympics.
Big name athletes such as Usain Bolt (along with the organisers) have applied pressure to potential host nations to ensure that winnings (and profits) are not taxed.
Quelle: ethical consumer

11. **250.000.000 Euro und wie man sie wäscht**
Alles redet von Steuerbetrug und Daten-CDs. Der Fall Rothsinvest zeigt: Auf dem Finanzplatz Schweiz ist noch mehr faul. […]
Mit dem Briefpapier einer Schweizer Gesellschaft namens Rothsinvest, so die Staatsanwaltschaft Florenz, gaukelten die Verhafteten ihren Opfern vor, ihre Ersparnisse perfekt anzulegen: erstens in der Schweiz, zweitens bei angesehenen Bankhäusern wie Rothschild und Falcon, drittens mit einer sicheren Rendite um 10 Prozent – und viertens anonym, ohne Einblick für die Steuerbehörden. »Die sammelten das Geld buchstäblich in Kuverts ein«, erzählt ein Insider, »auch hunderttausend Euro aufs Mal.« […]
Die Schweiz als sicherer Hafen der anderen Art: Man kennt das. In ganz Europa verkaufen Anlagebetrüger grandiose Geldchancen mit Alpen-Bildern und weißem Kreuz auf den Prospekten. […]
Was Realwirtschaft ist und was Fiktion, was brave Vermögensverwaltung ist und wo ein Geldabgreifer-Geflecht beginnt, was Einzelfall, was Zufall: Es bleibt zu untersuchen. Betont sei, dass die Unschuldsvermutung gilt, gerade für die Schweizer Beteiligten. Die Bundesanwaltschaft startete eine Strafuntersuchung, aber stellte schon am ersten Tag klar, dass man »nicht gegen die Verwaltungsräte der Rothsinvest Asset Management« ermittle. Die Aufsichtsbehörde Finma hatte Rothsinvest niemals auf der schwarzen Liste, welche vor zweifelhaften Finanzfirmen warnt. Die Zuger Staatsanwaltschaft hat kein Verfahren eingeleitet.
Der Fall erzählt viel über Italien. Er erzählt aber auch allerhand über die Schweiz.
Quelle: ZEIT

12. **Geschichtsstunde mit Gabriel und Schäuble**
SPD-Chef Gabriel und Finanzminister Schäuble beschuldigen sich gegenseitig, die Finanzkrise ausgelöst zu haben. Die wahren Ursachen der Krise liegen ganz woanders – genauso wie die Ursachen der Debatte. […]
Ein Meister dieses Fachs ist Wolfgang Schäuble, der an diesem Montag den

verzweifelt um Aufmerksamkeit buhlenden SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel scharf für dessen jüngste Banken-Schelte kritisierte. Gabriels Forderung, die Banken in Ketten zu legen, sei wohlfeil, sagte Schäuble sinngemäß. Schließlich sei es die rot-grüne Bundesregierung gewesen, die diese Ketten seinerzeit gelöst habe.
Die SPD und die Finanzmärkte – da war doch was? Richtig ist, dass unter Rot-Grün hochspekulative Hedgefonds in Deutschland zugelassen wurden, dass Banken ihre Beteiligungen an Konzernen plötzlich steuerfrei verkaufen durften, dass sich ein "Finanzmarktförderungsgesetz" an das andere reihte, dass neue, komplexe Wertpapiere gefördert wurden: jene berüchtigten Asset Backed Securities (ABS), die später die Finanzkrise auslösten.
Und richtig ist auch, dass die damalige Opposition laut vor den Gefahren dieser Reformen warnte, dass sie diese im Bundesrat blockierte, dass sie Demonstrationen gegen die kalte, neoliberale Politik der Koalition organisierte, dass . . . Halt! War es nicht doch ein wenig anders? War es nicht eher so, dass Union und Liberalen die rot-grünen Gesetze nicht weit genug gingen? Dass sie noch viel mehr Liberalisierung forderten? Dass der heute gern als "Euro-Rebell" gefeierte FDP-Mann Frank Schäffler noch 2007 vorschlug, die betriebliche Altersvorsorge in Deutschland teilweise in die Hand risikofreudiger Private-Equity-Fonds zu legen?
Quelle: Süddeutsche Zeitung

13. **Arbeit in Pflegeberufen: Interessant, hoch belastend und oft schlecht bezahlt**
Beschäftigte in Pflegeberufen sind mit ihrer Arbeit zufrieden, aber sie empfinden sie als sehr stressig und auch körperlich erschöpfend. Mit der Bezahlung sind sie mehrheitlich nicht zufrieden. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, die auf einer Online-Befragung* von rund 3.550 Beschäftigten aus verschiedenen Berufen und Tätigkeitsbereichen in der Kranken- und Altenpflege basiert. "Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Prinzipien 'Faire Löhne' und 'Gute Arbeit' im Pflegesektor noch keineswegs zufriedenstellen umgesetzt sind", sagt WSI-Tarifexperte Dr. Reinhard Bispinck.
    - Einkommen
      Das Bruttomonatseinkommen in Pflegeberufen beträgt ohne Sonderzahlungen auf Basis einer 38-Stunden-Woche durchschnittlich 2.360 Euro. Am besten bezahlt werden Operationsschwestern und -pfleger mit 3.066 Euro, am geringsten fällt das Monatseinkommen der Helfer/innen in der Krankenpflege mit 1.828 Euro aus (siehe die Grafik in der pdf-Version dieser PM; Link unten). Die Zufriedenheit mit der Bezahlung fällt mit einem Wert von 2,4 auf einer Skala von 1 bis 5 im Durchschnitt der Beschäftigten gering aus.

- Arbeitszufriedenheit und Arbeitsbelastung
  Die Zufriedenheit mit der Arbeit insgesamt wird mit einem Wert von 3,3 zwar deutlich besser bewertet, damit liegen die Beschäftigten in Pflegeberufen dennoch knapp unter dem Durchschnitt aller Berufe (3,4). Die Arbeit in der Pflege wird als sehr stressig (4,0) und auch als körperlich oft sehr erschöpfend (3,8) eingeschätzt. Allerdings empfinden die Beschäftigten in der Pflege ihre Arbeit nur selten als monoton und langweilig (1,9).
  In den Pflegeberufen bestehen wie auch bei den Beschäftigten insgesamt deutliche Unterschiede bei den Einkommen zwischen Frauen und Männern, befristet und unbefristeten Beschäftigten sowie zwischen West- und Ostdeutschland. Einkommensrelevant sind außerdem Berufserfahrung sowie die Tarifbindung der Betriebe.

- Frauen – Männer
  Im Pflegebereich verdienen die Frauen im Durchschnitt 11,7 Prozent weniger als die Männer. Frauen verdienen im Durchschnitt monatlich 2.268 Euro, Männer verdienen mit 2.567 Euro rund 300 Euro mehr.

- Befristet – unbefristet
  Befristet Beschäftigte verzeichnen gegenüber den unbefristet Beschäftigten einen deutlichen Einkommensrückstand von durchschnittlich 18 Prozent. Besonders hoch ist der Anteil der befristet Beschäftigten in den gering bezahlten Tätigkeiten (Helfer/innen, Altenpfleger/innen.

- Berufserfahrung
  Berufserfahrung zahlt sich aus. Das Monatseinkommen von Beschäftigten in Pflegeberufen mit weniger als fünf Jahren Berufserfahrung beträgt im Schnitt 2.012 Euro, bei 10 bis 14 Jahren Berufserfahrung steigt es auf rund 2.346 Euro und bei über 30 Jahren Berufserfahrung klettert es auf rund 2.657 Euro.

- West – Ost
  Während in Westdeutschland Beschäftigte in Pflegeberufen durchschnittlich 2.464 Euro erhalten, bekommen sie in Ostdeutschland 2.016 Euro. In den neuen Bundesländern verdienen damit Beschäftigte in Pflegeberufen rund 18 Prozent weniger als ihre Kollegen/innen in den alten Bundesländern.

- Tarifbindung
  Beschäftigte in Pflegeberufen profitieren stark von der Tarifbindung. In

> Betrieben, für die ein Tarifvertrag gilt, liegt ihr Monatseinkommen mit durchschnittlich 2.597 Euro knapp 19 Prozent über dem Gehalt ihrer Kolleginnen und Kollegen in nicht tarifgebundenen Betrieben mit 2.118 Euro.

Quelle: WSI

14. **Werner Rügemer – Die universellen Menschenrechte gelten auch für die Arbeitsverhältnisse – Freiheit als Kampfbegriff**
Die gegenwärtig vorherrschende Kapitalmacht agiert, wenn sie es für passend hält, bekanntlich außerhalb des Rechtsstaats, außerhalb der parlamentarischen Demokratie und nicht zuletzt außerhalb der universellen Menschenrechte. Diese Feststellung ist banal. Sie wird allerdings dadurch kompliziert (scheinbar), daß gerade Vertreter dieser Kapitalmacht sich weltweit für den Rechtsstaat, für die parlamentarische Demokratie und neuerlich wieder besonders heftig für die Menschenrechte einsetzen. Dabei werden »die Menschenrechte« bekanntlich selektiv und widersprüchlich reklamiert, nach dem Motto des damaligen US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt: »Hurensohn hin oder her – es muß nur unser Hurensohn sein«. So wird in Peking und Moskau die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit für Personen und Gruppen reklamiert, deren politischer Hintergrund im Dunkeln gehalten wird. Gleichzeitig werden im Westen Blockupy-Manifestationen gnadenlos abgeräumt. Im Protokoll der Frankfurter Polizei nach den verbotenen Demonstrationen gegen die Bankenmacht stand als Grund für Festnahmen: Antikapitalismus. Freiheit der Meinung? »Rebellen« wie die Taliban sind einmal gut, wenn es paßt, und dann sind sie böse, wenn es auch wieder paßt. Libyens Ghaddafi wurde hofiert, als es paßte und dann zum Mord freigegeben, als es auch wieder paßte.
Quelle: Neue Rheinische Zeitung
15. **Ab unters Messer – woran krankt unser Gesundheitssystem?**
Es wird zu viel und zu früh operiert! Das stellten Wissenschaftler jetzt fest. Und warum? Aus ökonomischen Gründen. Viele Krankenhäuser zahlen Prämien an Ärzte, die ihnen Patienten zuführen! Warum? Klar, auch aus ökonomischen Gründen. Beides wird jetzt lautstark kritisiert. Aber warum? Das Gesundheitssystem wird immer mehr vom Sozialsystem zum Wirtschaftszweig. Müssen wir uns dann eigentlich wundern, dass der Gesundheitsapparat immer stärker den Regeln der Wirtschaft folgt?
Quelle: hr2/Kultur „Der Tag“ (ca. 52,6 MB, ca. 55 Minuten) [Audio – mp3]

Anmerkung MB: *Schon ein paar Wochen alt, der neueste Skandal um Transplantationsgeschäfte stand uns noch bevor. Auf jeden Fall sehr hörenswert.*

16. **Welternährung: Preise klettern in extreme Höhen**
    Dürre in den USA und Lateinamerika sowie schwere Niederschläge in Russland sorgen für starken Preisauftrieb an ohnehin volatilen Märkten
    Die Lage an den internationalen Märkten für Nahrungsmittel ist nach wie vor angespannt. Von Dezember 2010 bis September 2011 hat sich der Nahrungsmittelpreisindex der UN-Organisation für Welternährung und Landwirtschaft (FAO) über dem Spitzenniveau von 2008 bewegt. Auch derzeit liegt sein Niveau nur geringfügig darunter. Die Lage könnte sich zudem schon bald durch die Dürre in wichtigen US-Anbaugebieten verschärfen.
    Quelle: Telepolis
17. **Was Sie über die Bundeswehr wissen wollten**
    Vor wenigen Monaten gab der Verteidigungsminister de Maizière ein Interview, in dem er von der großen Herausforderung sprach, das Personal für die angestrebte Bundeswehr „170.000 Plus“ zu gewinnen (170.000 Berufs- und Zeitsoldaten sowie einige Tausend freiwillige Wehrdienstler). Um diesen Umfang zu halten, müssten pro Jahr circa 15.000 Bewerber eingestellt werden. Da man nach Qualitätskriterien auswählen wolle, müsste es aber jeweils 45.000 Interessenten geben.
    Wenn eine Streitmacht von 170.000 mit 15.000 jährlichen Neu-Einstellungen auf ihrem quantitativen Niveau gehalten werden soll, bedeutet dies nach den Regeln der Personalstatistik, dass die Soldatinnen und Soldaten durchschnittlich recht lange in den Streitkräften verweilen müssen. Wir sehen also eine Armee der alten Säcke, das weibliche Pendant fällt mir nicht ein, was zu militärischen Einsatzerfordernissen – gleich welcher Art – nicht so recht passen will.
    Doch die 15.000 jährlich Einzustellenden sind ein Hirngespinst…
    Die Bundeswehr stünde dann am Scheideweg. Es wäre zwischen zwei Entwicklungslinien zu entscheiden, die sich als Szenarien darstellen lassen:
    Nummer 1: Die Technik-lastigen, kapitalintensiven Teilstreitkräfte – vor allem die Luftwaffe, aber auch die Marine – verlieren relativ weniger an Personal und und vor allem Investitionsmitteln als das Heer (was übrigens einen bereits etablierten Trend fortsetzt). Damit werden die Profitinteressen des dominierenden Teils der Rüstungsindustrie gewahrt, und es kann die internationale Statuskonkurrenz zumindest teilweise bedient werden. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen seit Ende des Kalten Krieges mit einem nur marginalen Bedarf an deutschen Luftstreitkräften und eher eng begrenzten Aufgaben für die Marine wäre ein solcher Kurs hoch problematisch: Die für Friedensmissionen hauptsächlich zuständigen Landstreitkräfte wären personell und finanziell ausgeblutet. Die Bundeswehr würde zur Armee des l’art pour l’art (unsa Joethe hätte jesacht: zum Masturbationsvorwurf) verkommen: unplausible Einsatzszenarien, die keinerlei Unterstützung im Wahlvolk hätten.

Nummer 2: Die Bundeswehr orientiert sich an Friedensmissionen der Vereinten Nationen (und nicht etwa an NATO-legitimierter Verwendung). Es geht also wesentlich um die guten, alten Blauhelme, deren Tätigkeit – etwa der Überwachung von Waffenstillstandsabkommen – nach wie vor sehr gefragt ist, die aber in der Öffentlichkeit angesichts der Großinterventionen im Irak und in Afghanistan fast in Vergessenheit geriet. Das damit in den Mittelpunkt rückende Heer bekommt einen generell leichteren Zuschnitt: optimierte Patrouillenkapazität, ohne allerdings begrenzte Durchsetzungsfähigkeit ganz aufzugeben (um nämlich Ereignisse wie die in Srebrenica vermeidbar zu machen). Entsprechend sind die Marine und vor allem die Luftwaffe in Mittel- und Personalzuweisung stark, also deutlich überproportional, zu schrumpfen. Das Geheul von Seiten der Rüstungslobby in und außerhalb des Parlamentes wäre allerdings gewiss.
Wie aber die Dinge zum Besseren wenden? Wieder einmal ist es an der Zeit, den „kritischen, öffentlichen Diskurs“ einzufordern.
Quelle: Das Blättchen

18. **Ulf Poschardts Krise**
Es ist ein alter journalistischer Trick: Man nehme seine persönliche Agenda, eine krisenhafte Zuspitzung in der realen Welt, behaupte eine Verbindung zwischen beidem und fertig ist die scheinbar objektive Begründung einer subjektive Sichtweise.
Ulf Poschardt zeigt in der Welt, wie es geht:
„Die europäische Idee braucht eine neue Erzählung. Ein Weiter-so mit größenwahnsinnigem Staat, absurder Bürokratie, unbezahlbaren Sozialleistungen und aufreizender Bequemlichkeit darf es nicht geben. Aber wer soll das den Europäern beibringen?“
Der größenwahnsinnigste Staat in Europa ist Dänemark, mit einer Ausgabenquote von 59,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Irland liegt mit 44,2 Prozent sogar unter Deutschland. Wo bleibt bloß die dänische Krise?
Quelle: ZEIT Herdentrieb

Anmerkung JB: *Mit „Posh“ hatte ich mich vor einigen Jahren schon (wenig schmeichelhaft) beschäftigt: Ulfs Welt.*

19. **zu guter Letzt: Prophet Sankt Moody warnt Deutschland vor dem Zorn der unsterblichen Märkte**
Müssen wir jetzt vor dem Zorn der Märkte zittern? Der heilige Prophet Moody ist am Montagabend aus seiner Höhle in Übersee herausgetreten und hat mit donnernder Stimme verkündet, die allmächtigen Finanzmärkte würden Deutschland schon bald nicht mehr wohlgesonnen sein. Und tatsächlich: Unmittelbar nach der düsteren

Prophezeiung, die Laune der Märkte habe sich von “stabil” in “negativ” gewandelt, fielen die Aktien deutscher Banken drastisch.
Die Priester des Finanzministeriums trösteten heute das Volk. Sie deuten den weisen Orakelspruch Sankt Moody’s so, dass sich der endgültige Zorn der Märkte in Form höherer Kreditzinsraten durchaus noch abwenden lässt, wenn nur die richtigen Gebete und Mantren aufgesagt werden.
Quelle: Der Postillon